



INFRASTRUKTUR ALS MOTOR FÜR DEN STANDORT

Schienen, Stromnetze, Datenleitungen: Infrastruktur ist weit mehr als Beton und Kabel. Sie entscheidet über Wachstum, Produktivität und die Attraktivität des Standorts. Eine Diskussion über die Frage, was Österreich jetzt braucht – und was das Land bremst.

VON ARNE JOHANNSEN

Wird über die großen Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Österreich diskutiert, stehen meistens Fachkräftemangel, Energiepreise und die überbordende Bürokratie im Mittelpunkt. Weniger Aufmerksamkeit erhält ein Faktor, der die Grundlage für einen erfolgreichen Standort bildet: die Infrastruktur. Dabei entscheidet kaum etwas so stark über Wachstum, Produktivität und Lebensqualität wie der Zustand von Verkehrswegen, Energieversorgung, Telekommunikations- und Datennetzen, Schulen und Spitätern.

Infrastruktur gilt als das Betriebssystem einer Volkswirtschaft – und als einer der wirksamsten Hebel für nachhaltiges Wachstum, gerade in Zeiten konjunktureller Schwäche. Bessere Verkehrsverbindungen, leistungsstarke Stromnetze und schnelles Internet schaffen nicht nur unmittelbar Beschäftigung im Bau- und Technologiebereich, sie erhöhen langfristig die Produktivität der gesamten Volkswirtschaft.

Klingt einfach und überzeugend, ist in der Praxis aber oft nur gegen lokale Widerstände umzusetzen. Gerade Infrastrukturprojekte vom einzelnen Windrad bis zu Großprojekten wie der Salzburger U-Bahn scheitern oft an denen, die langfristig den Nutzen hätten: den Bürgerinnen und Bürgern. ▶

THEMA ZUKUNFT. Es diskutierten auf Einladung von Anwalt Martin Schiefer (links) über den notwendigen Schwung, den der Standort Österreich jetzt braucht: APG-Vorstand Gerhard Christner, AUA-Chefin Annette Mann, Minister Peter Hanke, Porr-CEO Karl-Heinz Strauss und Moderator Paul Leitnermüller (von links).

FOTO: CHRISTIAN WIKES



REIZOBJEKT WIND-RAD. Nur mit ihnen kann die Energiewende gelingen. Darüber sind sich alle einig. Konflikte gibt es allerdings, wenn es um konkrete Standorte geht.

► „Hier ist die Zivilgesellschaft gefordert, der Politik den Rücken zu stärken“, ist Martin Schiefer, Anwalt und Spezialist für Vergaberecht, überzeugt. „Wenn wichtige Infrastrukturvorhaben nicht realisiert werden, ist das nicht nur ein Drama für die langfristige Perspektive des Wirtschaftsstandorts, sondern gerade auch in der aktuellen wirtschaftlichen Rezession fatal, weil von solchen Projekten wichtige Impulse ausgehen, weit über die Baubranche hinaus.“

Für Schiefer ein Anlass, den Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft mit hochkarätig besetzten Diskussionsrunden in seiner Kanzlei zu fördern – wie jetzt zum Thema Infrastruktur. Eines der zentralen Themen bei dieser Diskussion: die Energiewende, also der Ersatz fossiler Energieträger durch Wasser, Wind und Sonne.

„Diese Transformation bedeutet einen Totalumbau des Energiesystems“, betont Gerhard Christiner, Vorstandssprecher des Netzbetreibers Austrian Power Grid (APG), „wir müssen deshalb nicht nur am Ausbau des Leitungsnetzes

arbeiten, sondern auch an der Speicherung und der Digitalisierung des Systems. Denn speziell die Photovoltaik braucht ganz andere Systeme als herkömmliche Gas- und Kohlekraftwerke.“ Für Österreich bedeutet das Milliardeninvestitionen – und damit verbunden eine langfristige Planung als Voraussetzung für eine rasche und effiziente Umsetzung, betont Christiner.

BITTE LANGFRISTIGE PLANUNG! Einen solchen Zehnjahresplan wünscht sich auch Karl-Heinz Strauss. „Bei Straße und Schiene gehört Österreich europaweit zu den Spitzenreitern“, so der Chef des Baukonzerns Porr, „aber als Wirtschaftsstandort tun wir uns insgesamt schwer, weil wir Dauerthemen wie Reformen bei Pensionen und im Gesundheits- und Bildungsbereich schon zu lange mit uns herumschleppen. Es mangelt an langfristigen Perspektiven. Deshalb brauchen wir einen Zehnjahresplan, in dem definiert ist, was unsere Stärken sind, worauf wir uns konzentrieren und wo wir als Land hinwollen.“ Eines dieser



„Auf den drei Bausteinen Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft beruht der Wirtschaftsstandort. Diese dürfen nicht auseinanderrücken.“

PETER HANKE
INFRASTRUKTURMINISTER

Dauerthemen sind für den Bau-Manager die viel zu langen Genehmigungsverfahren.

Bei Infrastrukturminister Peter Hanke sind diese Botschaften durchaus angekommen. „In Bezug auf unsere Infrastruktur stehen wir europaweit mit an der Spitze“, so Hanke, „und wir haben die geopolitischen Zeichen erkannt, dass die Unabhängigkeit Europas gestärkt werden muss.“ Auch deshalb investiere die Republik jährlich rund fünf Milliarden Euro in Ausbau und Erhalt der Infrastruktur, vor allem in die Bereiche Mobilität und Klima. „Es geht jetzt darum, den Wirtschaftsstandort Österreich unter den geänderten geopolitischen Rahmenbedingungen für die nächste Generation aufzustellen. Und dazu gehört auch, bei den Genehmigungsverfahren einfacher und berechenbarer zu werden.“

VORSICHT, KOSTEN! Auch AUA-Chefin Annette Mann findet grundsätzlich lobende Worte für Qualität und Sicherheit des Standorts Österreich, allerdings: „Wir müssen auch den Kostenaspekt betrachten. Österreich ist keine Insel, sehr viele Unternehmen stehen im internationalen Wettbewerb, und da spielen die Kosten eine entscheidende Rolle. Und in Österreich sind diese in den vergangenen Jahren massiv gestiegen.“

Die AUA arbeite ständig daran, die internen Prozesse effizienter zu gestalten, aber es brauche auch Entlastungen, um wettbewerbsfähig zu bleiben, so die AUA-



„Wir brauchen einen Zehnjahresplan, in dem definiert ist, was unsere Stärken sind und wo wir als Land hinwollen.“

KARL-HEINZ STRAUSS
PORR

Chefin. Ein wichtiges Ziel sei, die Konnektivität für Passagiere, die umsteigen und weiterfliegen, am Standort Wien zu stärken und so den Standort attraktiv zu halten.

AUS EINS MACH DREI. Was die Diskussion auch deutlich machte: Angesichts der anhaltenden Konjunkturschwäche in Europa gewinnt Infrastrukturpolitik auch als wirtschaftspolitisches Instrument an Bedeutung. Investitionen in Verkehrswege, Energie- und Datennetze gelten als vergleichsweise nachhaltige Form staatlicher Konjunkturimpulse, da sie nicht nur kurzfristig Nachfrage schaffen, sondern langfristig das Produktionspotenzial erhöhen. „Jeder Euro, der in Infrastrukturprojekte investiert wird, löst weitere zwei bis drei Euro aus, die bei der regionalen Wirtschaft landen“, bringt es Porr-Chef Strauss auf den Punkt.

Um diesen Aspekt geht es auch Martin Schiefer: „Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage sollten wir darauf schauen, Steuergelder bevorzugt für heimische Unternehmen auszugeben. Das bedeutet nicht, den Binnenmarkt abschaffen zu wollen. Vielmehr geht es darum, die regionale Wertschöpfung zu fördern.“ Die 70 Milliarden Euro, die Bund, Länder und Gemeinden jährlich an öffentlichen Aufträgen vergeben, seien dafür ein wichtiger Hebel.

FOTOS: ISTOCKPHOTO, CHRISTIAN MIKES (3)

AUFTRÄGE ALS BELOHNUMG. Sein Ansatz: „Nutzen wir Ausschreibungen doch als Belohnungstool für Unternehmen,



„Österreich ist keine Insel, Unternehmen stehen im internationalen Wettbewerb, und da spielen die Kosten eine entscheidende Rolle.“

ANNETTE MANN
AUA

die Kreislaufwirtschaft umsetzen, die Fachkräfte ausbilden, die nachhaltig denken und handeln.“ Sowohl die EU als auch das gerade reformierte Bundesvergabegesetz würden dazu die rechtlichen Rahmenbedingungen liefern. „Für lokale Baufirmen hat das einen regelrechten Boost gebracht“, so Schiefer, „die Reform des Bundesvergabegesetzes ist ein großer Wurf, für den die Regierung ausdrücklich gelobt werden sollte. Leider redet sie selbst zu wenig darüber“ (siehe auch Interview nächste Seite).

Auf der anderen Seite wirken Budgetlöcher der öffentlichen Haushalte und



„Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage sollten wir darauf schauen, Steuergelder bevorzugt für heimische Unternehmen auszugeben.“

MARTIN SCHIEFER
VERGABERECHTSEXPERTE



„Die Energiewende bedeutet einen Totalumbau des Energiesystems. Aber wir haben gute Voraussetzungen.“

GERHARD CHRISTINER
APG

steigende Staatsschulden als Bremse. Viele Infrastrukturprojekte stehen auf dem Prüfstand, die Finanzierung wird zu einer immer größeren Herausforderung. „Nur aus Steuergeldern wird das nicht zu stemmen sein, wir brauchen einen funktionierenden Kapitalmarkt“, ist auch Schiefer überzeugt, „und wir müssen zusammenrücken und alle Kräfte bündeln. Nicht nur finanziell, sondern auch mental.“

BLICK AUFS GROSSE GANZE. Positiv sieht das auch APG-Chef Christiner in Bezug auf die Energiewende. „Wir haben in Österreich die besten Voraussetzungen für die Abkehr von fossilen Energieträgern.“ Einschränkender Nachsatz: „Allerdings müssen wir mehr das große Ganze betrachten und Einzelinteressen weniger Raum geben.“ Unterstützung bekommt er dafür von AUA-Chefin Mann: „Zu dieser ganzheitlichen Betrachtung gehört auch, über die Ländergrenzen hinauszuschauen, was sich im internationalen Wettbewerb tut. Nur so kann ein Standort wettbewerbsfähig bleiben.“

Für Minister Hanke geht es vor allem darum, dass „Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft nicht auseinanderrücken, denn auf diesen drei Bausteinen beruht der Wirtschaftsstandort. Aber klar muss auch sein, dass ein Land wie Österreich von Innovationen lebt. Innovationen bedeuten Veränderung. Und dafür benötigen wir die Leistungsbereitschaft der Österreicherinnen und Österreicher.“